

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Werner Schulz (Berlin) und der Gruppe  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**— Drucksache 12/4950 —**

**Anzeigenkampagne zur individuellen Studienfinanzierung**

Am 26. April 1993 schaltete das Bundesministerium der Finanzen in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank eine Anzeige im „DER SPIEGEL“ mit dem plakativen Titel: „Wie lustig wird das Studentenleben?“. In dieser Anzeige werden Eltern dazu aufgefordert, Bundeswertpapiere zwecks späterer Studienfinanzierung für ihre Kinder zu erwerben. Durch diese Anzeige wird ein spezifischer Eindruck über die soziale Lage von Studenten und Studentinnen vermittelt. Gleichzeitig impliziert sie einen Rückzug des Bundes aus der Studienfinanzierung.

1. Welche Intention verfolgt die Bundesregierung mit dieser Anzeige?

Die Bundesregierung möchte den Absatz von Bundeswertpapieren fördern.

2. Welche zusätzlichen Mittel erhofft sich die Bundesregierung aus der Anzeigenschaltung?

Es läßt sich nicht quantifizieren, wieviel Mehrabsatz durch eine Anzeigenschaltung erreicht wird. Der Bund steht mit seinen Wertpapieren in Konkurrenz zu den Wertpapierofferten der Kreditinstitute. Es ist daher erforderlich, daß er für seine Daueremissionen wirbt.

3. Aus dem Bundesausbildungsförderungsgesetz ergibt sich die Verpflichtung zur Bereitstellung der für den Lebensunterhalt und die Ausbildung der Auszubildenden erforderlichen Mittel.

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 2. Juni 1993 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

Bezweckt die Bundesregierung, diesen Rechtsanspruch mit Verweis auf die Möglichkeiten privater Vorsorge weiter einzuschränken?

Ein Anspruch auf Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) besteht nur, soweit die für den Lebensunterhalt und die Ausbildung des Auszubildenden erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung stehen, weil das Einkommen und Vermögen des Auszubildenden, seines Ehegatten und seiner Eltern nicht ausreichen. Soweit die Anzeige bewirkt, daß Eltern durch eigene finanzielle Vorsorge in die Lage versetzt werden, später die Studienkosten eines Kindes zu tragen, so ist dies zu begrüßen. Eine Absicht der Einschränkung des Förderungsrechts nach dem BAföG kann aus der Anzeige nicht abgeleitet werden.

4. Aus welchem Grunde wurde die Frage: „Wie lustig wird das Studentenleben?“ mit der gewählten Abbildung eines mit Weingläsern, Eßgeschirr und Kaffeetassen überfüllten Tablett in Gaststättenatmosphäre verwandt?

Die Anzeige „Studentenleben“ ist nur ein Motiv in einer Serie von 17 Anzeigen. In jedem Motiv dieser Serie wird ein Kostenproblemfeld des Privatkunden so umgesetzt, daß er motiviert ist, Bundeswertpapiere zu kaufen.

In dem von Ihrer Anfrage betroffenen Motiv „Studentenleben“ wird die Tatsache angesprochen, daß sich Studenten für ihre Extrawünsche schon zu allen Zeiten ein Zubrot verdient haben.

5. Wie hoch sind die derzeitigen Lebenshaltungskosten für Studenten und Studentinnen, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und der Anteil, den Studenten und Studentinnen für Gaststättenbesuche erübrigen können?

Die durchschnittlichen monatlichen Einnahmen und Ausgaben der Studierenden während des Semesters werden mit den Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks periodisch repräsentativ erhoben. Kennzeichnend ist dabei der Typus des Studierenden, der ledig ist, sich im Erststudium befindet und nicht mehr bei den Eltern wohnt. Dieser sog. Normalstudent hatte in den alten Ländern – einschließlich unbarer Zuwendungen – im Sommersemester 1991 durchschnittlich monatlich 1 146 DM Einnahmen; er gab durchschnittlich 1 086 DM monatlich aus. Hierbei handelt es sich allerdings um die tatsächlichen Ausgaben, nicht um einen ausbildungsbedingten Bedarf. 86 % der Normalstudenten wendeten 55 DM durchschnittlich im Monat für Gaststättenbesuche auf. In den neuen Ländern betrugen die entsprechenden Einnahmen der Normalstudenten 662 DM und die Ausgaben 581 DM. Von ihnen gaben 85 % durchschnittlich 89 DM für Gaststättenbesuche aus.

6. Ist die Bundesregierung der in der Anzeigenkampagne erwähnten Auffassung, daß der ansteigende Erwerbstätigenteil bei den Studenten und Studentinnen der zunehmenden Fleißigkeit geschuldet ist, oder resultiert die Erwerbstätigkeit aus dem Versiegen anderer Studienfinanzierungsquellen?

Der Anteil der Studierenden, die Einnahmen aus Erwerbstätigkeit erzielen, hat in den alten Ländern von 55 % (1985) auf 66 % (1991) zugenommen (13. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes, Hrsg. BMBW, S. 265). Der Anteil der Erwerbseinnahmen an den durchschnittlichen monatlichen Einnahmen der Normalstudenten, die sogenannte Erwerbsfinanzierungsquote, stieg ebenfalls in diesem Zeitraum von 20 % auf 26 % an. Von den in der Antwort auf Frage 5 dargestellten monatlichen Einnahmen der Normalstudenten im Jahr 1991 wurden durchschnittlich 299 DM durch Erwerbstätigkeit erzielt. Dabei lag die Erwerbsfinanzierungsquote der nach dem BAföG geförderten Normalstudenten 1991 deutlich unter dem Durchschnittswert. Sie betrug lediglich 17 % gegenüber 30 % bei den nicht geförderten Normalstudenten. Diese Daten weisen aus, daß die Leistung von Ausbildungsförderung zu einer geringeren Erwerbstätigkeit und damit zu einer stärkeren Konzentration auf das Studium führt. Dafür ist ursächlich, daß die Bedarfssätze und Freibeträge nach dem BAföG regelmäßig alle zwei Jahre angepaßt wurden, 1990 wurde zudem durch die BAföG-Reform der Kreis der Anspruchsberechtigten ausgeweitet.

7. Wie schätzt die Bundesregierung das derzeitige Studentenleben ein, wenn es zukünftig „lustig“ werden soll?
8. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkung der Studienfinanzierung über Bundeswertbriefe auf die Studiendauer?

Nach Ansicht der Bundesregierung hat die Anzeige weder Auswirkungen auf die „Lustigkeit“ noch auf die Studiendauer.

9. Warum haben die Vertreter der Bundesregierung in der Bund-Länder-Gruppe zur Vorbereitung des Bildungsgipfels den Erwerb von Bundeswertpapieren nicht im kürzlich fertiggestellten „Eckwertepapier“ berücksichtigt?

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat sich auf die am 17. Dezember 1992 in der Besprechung der Regierungschefs von Bund und Ländern vereinbarten Fragenkomplexe zum Hochschul-, Bildungs- und Forschungsbereich konzentriert. Entsprechend dem Arbeitsauftrag liegt der Schwerpunkt der im „Eckwertepapier“ vorgeschlagenen Maßnahmen auf einer inhaltlichen und organisatorischen Reform des Studiums mit dem Ziel einer Verkürzung der Studienzeiten.

